

# Landkreis Vorpommern-Rügen

## 2. Wahlperiode

### Antrag

Einreicher:

**Kreistagsmitglieder Ralf Borschke und Rüdiger Preß**

Vorlagen Nr.:

**A/2/0032**

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	11.05.2015

**Antrag der Kreistagsmitglieder Ralf Borschke und Rüdiger Preß: "Annahme einer Erklärung durch den Kreistag"**

#### Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Wir beantragen die Annahme folgender Erklärung durch den Kreistag:

Die Mitglieder des Kreistages stimmen darin überein, in der Auseinandersetzung mit dem linken und rechtem Extremismus, diesem gemeinsam, als demokratische Kräfte entgegen zu treten. Sie distanzieren sich von jeder Form links- und rechtsextremistischer Gewalt. Sie verpflichten sich, extremistischen politischen Standpunkten entgegenzuwirken. Sie sprechen sich gegen jedwede rechts- und linksextremistische Gewalt aus. Der KT setzt sich für eine offene und freiwillige, auf den Prinzipien des Grundgesetzes beruhende freie Meinungsäußerung und Diskussionskultur ein.

#### Begründung:

Die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und der staatlichen Autorität durch links und rechts Extremismus ist nicht hinnehmbar und erfordert ein klares Bekenntnis zu den Werten des Grundgesetzes. Dem entstehen Weimarer Verhältnisse muss entgegengewirkt werden.

Im Umfeld der MVGIDA Demonstrationen kam es verstärkt zu Rechts- und Linksextremistischen Vorfällen.

So wurde im Januar dieses Jahres das Auto eines unserer Parteifreunde angezündet.

Nach einer der letzten MVGIDA-Veranstaltungen in Stralsund wurden mehrere Flugblätter der selbsternannten Antifa gefunden.

(Als Anlage mit bei.)

Wer angemeldete und genehmigte Demonstrationen und Versammlungen behindert oder z.B. durch Sitzblockaden maßgeblich Stört oder unmöglich macht, verhält sich rechtswidrig.

Feststellen muss man weiterhin: Wer auf einer Demonstration ein Schild mit der Aufschrift "Die Hansestadt hat Asylanten satt" hochhält vergeht sich am Deutschen Asylrecht und hat den Boden

des Grundgesetzes verlassen. Asyl ist ein demokratisches Grundrecht.

gez.  
Ralf Borschke und Rüdiger Preß  
Mitglieder des Kreistages